

Die staatsfinanziellen Fragen des Anschlusses an das Deutsche Reich.

Von Dr. Gustav Stolper.

(Siehe Nr. 19608 der „Neuen Freien Presse“ vom 27. März.)

Wien, 28. März.

Wäre Deutschösterreich ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, so wäre der Umrechnungskurs für die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse ohne Belang. Würde dieses Verhältnis zum Beispiel mit 1 Mark = 2 Kronen angenommen, so würden am Tage nach dem Uebergang zur Markwährung eben alle Einkommen, aber auch alle Ausgaben nominell auf die Hälfte sinken. Wer 12.000 Kronen Einkommen hat, würde dann 6000 Mark beziehen, dafür aber statt 2000 Kronen Miete 1000 Mark bezahlen — in der Lebenshaltung des einzelnen hätte sich ebenso wie im öffentlichen Haushalt und in den Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldnern aller Art nichts geändert. Dieses geschlossene Wirtschaftsgebiet sind wir nicht und würden es, wenn strenge Absperrungsmaßnahmen uns heute dazu machen, als Teil des Deutschen Reiches nicht bleiben können. Denn sobald die staatliche Vereinnahmung vollzogen ist, beginnen sich alle Preise und Einkommenverhältnisse in Deutschösterreich mehr oder weniger rasch an reichsdeutsche anzupassen. Würde somit beim Währungswechsel die nominelle Kürzung der Einkommen und Preise durch einen sogenannten Umrechnungskurs zu weit gehen, so wäre die Folge davon eine neue starke Leuerungswelle auf der einen und eine neuerliche Lohnbewegung auf der anderen Seite. Die soziale Gefahr einer solchen Entwicklung braucht bei dem gegenwärtigen Zustande unseres gesellschaftlichen Körpers wohl nicht geschildert zu werden. Es genügt, auf sie hinzuweisen, um ihre ganze Größe erkennen zu machen und darzutun, daß eine solche Erschütterung unseres Wirtschaftskörpers — und schon die Bedrohung damit — den Anschlußgedanken auf das schwerste kompromittieren würde. Auch sollte das rein gefühlsmäßige Argument nicht unterschätzt werden, daß eine sehr weitgehende nominelle Reduktion aller Einkommen auch bei unveränderter Lebenshaltung in den Massen, die tiefere wirtschaftliche Zusammenhänge nicht zu würdigen wissen, immer auf Widerstand stoßen wird. Anders stünde es mit der staatsfinanziellen Wirkung eines sogenannten ungünstigen Umrechnungskurses. Während die Folge davon ein Auftrieb der Preise und Erwerbseinkommen wäre, würden die Rentenbezüge unverändert bleiben, das heißt eine relative Kürzung erfahren. Der Staat würde aus steigenden Löhnen, Gehältern, Warenpreisen steigende Steuereinnahmen ziehen, während seine Zinsverpflichtungen unverändert blieben. Das Verhältnis zwischen den drei großen Einkommenkategorien, Arbeits-, Unternehmer- und Renteneinkommen, würde sich zuungunsten des letzteren verschieben. Ein sehr ungünstiger Umrechnungskurs käme einem formell einwandfreien, durchaus wirksamen Staatsbankrott gleich und würde das Problem der Kriegskostenbedeckung nicht unwesentlich vereinfachen. Schließlich würde das nominell tiefe Preisniveau, das durch eine radikale Herabsetzung des Geldwertes geschaffen wäre, im Verkehr mit dem Deutschen Reich als Exportprämie wirken, bis der Preisausgleich innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes hergestellt wäre.

Die Zwiespältigkeit der Wirkung bleibt bestehen, wenn der Umrechnungskurs die Wertverschiebung durch den Krieg überhaupt vernachlässigt und sich der gesetzlichen Münzparität annähert. Das würde zur Folge haben, daß Deutschösterreich ein sehr hohes Preis- und Lohnniveau (in Mark ausgedrückt) erhielte, das sich auf die Dauer neben dem niedrigeren deutschen nicht halten könnte. In der Zwischenzeit wäre die Konkurrenzfähigkeit der hiesigen Industrie auf das höchste gefährdet, würde die deutsche Einfuhr auf dem hiesigen Markt die Preise drücken, vielleicht auch deutsche Beschäftigungslose Arbeiter (und die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird nicht so bald verschwinden) hier einen Lohndruck zu üben versuchen. Für den Staat aber würden sich Schuldenlast und Zinsverpflichtungen nominell nur sehr wenig vermindern, während er bei sinkenden Löhnen und Preisen auch mit sinkenden Einnahmen zu rechnen hätte.

Man fragt, daß die Begriffe „günstig“ und „ungünstig“ für den Umrechnungskurs, zu dem sich der Währungswechsel vollzieht, keineswegs eindeutig sind. Sowohl ein hoher wie ein niedriger Umrechnungskurs beeinflusst die Dynamik unserer Wirtschaft, weil der Währungswechsel parallel geht mit der Eingliederung in ein bisher fremdes Wirtschaftsgebiet. Und darum scheint mir das oberste Gebot bei der Ermittlung des Umrechnungskurses, daß durch den Währungswechsel so wenig wie möglich soziale Kräfteverschiebungen hervorgerufen werden. Die Herstellung der Währungsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich vereinfacht auf allen Lebensgebieten und insbesondere in allen Zweigen der Wirtschaft den Vergleich und damit die gegenseitige Anpassung. Daß diese Anpassung mit einem Minimum an wirtschaftlicher und sozialer Erschütterung vor sich gehe, wird zum obersten Gebot für unsere Unterhändler. In normalen Zeiten hat die Wirtschaft selbst den Ausgleichsprozess automatisch vollzogen. Oder wie es Böhm-Bawerk im Jahre 1913 in einer von der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Studie über unsere Handelsbilanz ausgesprochen hat: Die Zahlungsbilanz befehlt, die Handelsbilanz gehorcht. Im Kriege haben staatliche Maßnahmen zur Ausschaltung oder Einschränkung des wirtschaftlichen Prinzips für die außenwirtschaftlichen Zwecke des Krieges diese Anpassung unterbunden. Hätte im Frieden der Markkurs in Wien den Stand von 200 erreicht, so wäre das im allgemeinen der Ausdruck dafür gewesen, daß man in Wien für 200 Kronen ungefähr dasselbe zu kaufen erhält wie in Deutschland für 100 Mark. Heute wäre ein solcher Schluß, wie bereits im ersten Artikel ausgeführt wurde, ganz und gar unzulässig. Zahlreiche wichtige Warenpreise sind in weit stärkerem Maße gestiegen, als der Verschlechterung der Valutakurse entsprechen würde, zahlreiche Lohn- und Gehaltskategorien sind in ihrer Steigerung hinter der der Valutakurse weit zurückgeblieben. Daß dieselben Erscheinungen in Deutschland wahrzunehmen sind, dessen Kriegswirtschaft unter ähnlichen äußeren Bedingungen gestanden ist wie die unserer

und deshalb zu ganz ähnlichen Organisationsformen ihre Zuflucht genommen hat, erleichtert unseren Zusammenschluß ungemein. Aber im einzelnen stimmen die Unregelmäßigkeiten der deutschen Preisbildung und Lohnbewegung mit den unserigen vielfach nicht überein. Zwischen Deutschland und Oesterreich hat ein fast ebenso unvollkommener Preis- und Lohnausgleich stattgefunden wie zwischen den Mittelmächten und den offenen Weltmärkten. Den Ausgleich mit den neutralen und den bisher feindlichen Märkten werden wir bereits mit Deutschland gemeinsam durchzuführen haben. Daß unsere inländischen Getreidepreise nicht viel mehr als ein Viertel des Weltmarktpreises betragen, ist auf die Dauer, sobald einmal der internationale Handelsverkehr wieder in Gang kommt, ebensowenig aufrechtzuerhalten, wie daß wir für unsere Kleider und Schuhe das Drei- und Vierfache zu zahlen haben. Aber bevor der Ausgleich mit dem Weltmarkt beginnt, muß der Ausgleich innerhalb Deutschlands, zu dem wir dann bereits gehören, angebahnt sein.

Damit gewinnen wir die Grundlage, auf der meines Erachtens allein die mit dem Währungswechsel verbundene Erschütterung auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann. Man ermittle für Deutschland und Deutschösterreich auf der einen Seite die Lohn- und Gehaltsätze großer Arbeiter- und Beamtenkategorien, die sowohl in Deutschland wie in Deutschösterreich stark vertreten sind: also etwa die Tarifverträge der Metall-, Bau-, Holz- und Buchdruckerarbeiter, die Gehaltskategorien der Bank-, Sparkassen- und Versicherungsbeamten sowie gewisser Kategorien von öffentlichen Beamten, namentlich der unteren Rangklassen; auf der anderen Seite die Preise aller öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel (Mehl, Brot, Zucker, Fleisch, Fett, Kartoffeln) und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsgegenstände. Der Durchschnitt dieser Sätze wird für Deutschland und Deutschösterreich auf Indezahlen zu reduzieren sein, die das unter sozialen Gesichtspunkte vor allem zu berücksichtigende Grundverhältnis der wichtigsten Lebensbedingungen weitester Volksschichten darstellen. Weder die Interessen der Unternehmer noch die der Banken oder des Fiskus dürfen in erster Linie zur Richtschnur für die Bedingungen des Währungswechsels genommen werden. Nur wenn die Lebenshaltung der Massen vom Währungswechsel möglichst unberührt bleibt, kann er ohne schwerste Gefahr vollzogen werden, nur auf diesem breitesten Grund sich der neue Zustand ohne Krise stabilisieren. Die Gesichtspunkte, unter denen das Ergebnis dieser Ermittlung zu modifizieren sein wird, soll ein nächster Artikel erörtern.